

M 04.02 THEORIEN DES WÄHLERVERHALTENS

In der Wahlsoziologie gibt es verschiedene Theorien, die versuchen, das Wählerverhalten der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger zu erklären. Diese theoretischen Erklärungsmodelle stellen dazu einen Bezug zwischen dem Wahlverhalten und weiteren sozio-ökonomischen Einflussfaktoren, wie z.B. Beruf, Herkunft, Religion etc., her. Wichtig dabei ist, dass dieser Bezug plausibel und auch empirisch überprüfbar ist.

Karl-Rudolf Korte (Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen) hat die vier wichtigsten Erklärungsmodelle des Wählerverhaltens zusammengefasst und miteinander gegenübergestellt:

- (A) der soziologische Erklärungsansatz,
- (B) der individualpsychologische Erklärungsansatz,
- (C) das Modell des rationalen Wählers,
- (D) das Modell der sozialen Milieus.

Forschungsgeschichte: Die ersten drei Modelle basieren auf berühmten Forschungstraditionen begründenden Studien zum amerikanischen Wahlverhalten in den vierziger und fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Deren grundsätzliche Aussagekraft konnte in Wahlanalysen bis heute immer wieder nachgewiesen werden. Das vierte Erklärungsmodell hat sich in den 1980er Jahren entwickelt, der Nutzwert von sozial-moralischen Milieukategorien ist für Wahlkampfstrategen jedoch nicht unumstritten.

Die Theorien des Wählerverhaltens unterscheiden sich in ihren Hauptaussagen und Perspektiven teilweise stark voneinander, überschneiden sich jedoch auch in der Anwendung bei Wahlanalysen (Prognosefähigkeit und -schwierigkeit).

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeitet in eurer Gruppe den jeweiligen Textabschnitt zu eurem Erklärungsmodell:
 - (A) der soziologische Erklärungsansatz
 - (B) der individualpsychologische Erklärungsansatz
 - (C) das Modell des rationalen Wählers und
 - (D) das Modell der sozialen Milieus
2. Ermittelt für euer Modell zu den Aspekten *Forschungsgeschichte, Hauptaussage des Modells, Perspektiven, Besonderheiten des Ansatzes und Prognosefähigkeit und -schwierigkeit* jeweils die wichtigsten Punkte und tragt diese stichpunktartig in die entsprechende Spalte der Tabelle ein.
3. Bildet für das **Gruppenpuzzle** jeweils neue Gruppen mit je einem Mitglied aus jeder Arbeitsgruppe (A bis D) und stellt euch in den neuen Gruppen gegenseitig jeweils das Modell eurer Ursprungsgruppe vor. Vergleicht die Erklärungsmodelle und diskutiert Unterschiede.

(A) DER SOZIOLOGISCHE ERKLÄRUNGSANSATZ

Ein erster klassischer Ansatz betont die Bedeutung des sozialen Umfelds für das Wahlverhalten. Beim soziologischen Erklärungsansatz wird zwischen zwei Perspektiven unterschieden: mikro¹- und makro²soziologisch.

1. Die mikrosoziologische Perspektive

Forschungsgeschichte: Schulebildend für dieses in der wissenschaftlichen Literatur als mikrosoziologischer, sozialstruktureller oder auch gruppentheoretischer Ansatz bezeichnete Erklärungsmodell war die Untersuchung des Meinungsbildungsprozesses bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl 1940 in Erie County (Ohio) durch Paul F. Lazarsfeld und seine Mitarbeiter an der Columbia University.

Hauptaussage: „Wahlverhalten ist Gruppenverhalten.“ Weniger der ursprünglich angenommene Einfluss der Massenmedien oder der Wahlpropaganda als vielmehr die Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Gruppen mit festen politischen Verhaltensnormen bestimmte demnach die individuelle Wahlentscheidung.

Perspektiven: Das Zusammenspiel der verschiedenen Gruppenzugehörigkeiten konnte mithilfe der Merkmale sozioökonomischer³ Status, Konfessionszugehörigkeit und Größe des Wohnorts in hohem Ausmaß nachgewiesen werden.

Je gleichgerichteter die Wahlnormen der verschiedenen Gruppen waren, denen der einzelne Wahlberechtigte angehörte, desto geringer war die Wahrscheinlichkeit einer individuell abweichenden Wahlentscheidung. Überlagerten sich bei den Wahlberechtigten jedoch einander widersprechende Loyalitätsforderungen (*cross-pressures*) aus den unterschiedlichen Gruppen, denen sie angehörten, reagierten sie im Allgemeinen mit der Reduzierung des politischen Interesses und der zeitlichen Herausögerung der Wahlentscheidung. In diesem Fall musste zuerst eine Entscheidung darüber fallen, welche Gruppenzugehörigkeit denn jetzt als wichtigste – und damit als verhaltensrelevant – angesehen werden sollte.

Prognosefähigkeit und -schwierigkeit: Bis zu den jüngsten Wahlanalysen konnten auch neuere Untersuchungen immer wieder den großen Einfluss des sozialen Umfelds auf den individuellen politischen Meinungsbildungsprozess nachweisen. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, eine starke Bindung an die katholische Kirche oder auch eine Verwurzelung im protestantischen Selbstständigen- bzw. Handwerkermilieu haben auch heute noch – insbesondere bei Koppelung mehrerer Faktoren – einen hohen Vorhersagewert für die Wahlentscheidung. Das Erklärungsmodell sieht das Individuum⁴ idealtypisch im Mittelpunkt konzentrischer⁵, sich gegenseitig verstärkender sozialer Einflusskreise und veranschaulicht aus dieser Perspektive in besonderer Weise ein stabiles, über einen längeren Zeitraum hinweg konstantes Wahlverhalten. Kurzfristige Änderungen der Wahlentscheidung können auf diese Weise hingegen nur unzureichend erklärt werden.

¹ Von griechisch mikrós = klein, fein, gering

² Von griechisch makrós = lang, groß, im Großen

³ = sowohl die Gesellschaft als auch die Wirtschaft betreffend

⁴ = den Einzelnen / die Einzelne

⁵ = Kreise, die einen gemeinsamen Mittelpunkt haben (Bsp. Kreise, die auf der Wasseroberfläche entstehen, wenn man einen Stein ins Wasser wirft, sind unterschiedlich groß in ihrem Durchmesser, haben aber alle einen gemeinsamen Mittelpunkt, sind also konzentrisch.)

2. Die makrosoziologische Perspektive

Die Grundgedanken des mikrosoziologischen Erklärungsansatzes lassen sich auch auf die Analyse der Herausbildung und Entwicklung von Parteiensystemen übertragen. Diese makrosoziologische Perspektive und Erweiterung hebt ab auf längerfristig stabile Allianzen zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und politischen Parteien, wie sie in Westeuropa seit dem 19. Jahrhundert zu beobachten sind.

Forschungsgeschichte: Seymour M. Lipset und Stein Rokkan entwickelten in ihrer über ein Dutzend Länder berücksichtigenden Untersuchung in den sechziger Jahren ein zweistufiges Modell, mit dessen Hilfe sich die Ausprägungen und auch Veränderungen von Parteiensystemen in ihren Grundzügen erklären lassen.

Hauptaussage: „Wahlverhalten ist auf historische Konfliktlinien zurückzuführen.“

Perspektiven: Demnach hängt die Herausbildung der westeuropäischen Parteiensysteme eng mit dem Demokratisierungsprozess im 19. und im 20. Jahrhundert zusammen. Die verschiedenen Länder durchliefen hierbei eine vergleichbare Entwicklung. Idealtypisch betrachtet waren jeweils vier grundlegende Probleme zu bewältigen:

1. das Verhältnis von Zentrum und Peripherie⁶ im Zuge der nationalen Staatengründung,
2. der Konflikt zwischen Kirche und weltlicher Macht um die politische und kulturelle Vorherrschaft im neuen Staat,
3. die mit Beginn der Industrialisierung auseinanderstrebenden Interessen von ländlich-agrarischen und städtisch-handwerklichen Gebieten und
4. die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit.

In all diesen Fällen koalitierten⁷ politische Eliten mit den betroffenen, politisierten Bevölkerungsgruppen, um die jeweiligen Interessen mit Nachdruck vertreten zu können. Diese zunächst loseren Verbindungen entwickelten sich zu stabilen Parteiorganisationen und verankerten so die oben genannten Konfliktlinien (*cleavages*) dauerhaft in den nationalen westeuropäischen Parteiensystemen. Liberale, christdemokratische und auch sozialistische Parteien gehen in ihren Wurzeln auf diese tief greifenden Auseinandersetzungen zurück. Die vier genannten klassischen Konfliktlinien haben sich im Laufe der Zeit modernisiert. So kann heute zwischen einem Gegensatz von Management und Arbeitnehmerschaft bzw. Marktliberalen und Sozialstaatsbefürwortern (alt: Kapital und Arbeit), konservativ und modern (alt: Kirche und Staat, Zentrum und Peripherie, ländlich-agrarisch und städtisch-handwerklich) sowie materialistisch und postmaterialistisch ausgegangen werden.

Prognosefähigkeit und -schwierigkeit: Wahlanalysen mit soziologischem Ansatz betonen also die Bedeutung politisierter Milieu- oder Gruppenstrukturen, denen die einzelnen Wählerinnen und Wähler sich verbunden fühlen. Je nach Datenart verwenden sie als entsprechende Indikatoren hauptsächlich die gängigen ökonomischen und kulturellen Kategorien der Sozialstruktur wie Beruf, Einkommen, Bildung, Konfession, Alter und Wohnortgröße, zudem auch Merkmale der regionalen Industriestruktur, individuelle Gewerkschaftsmitgliedschaft oder Kirchgangshäufigkeit. Die empirische Überprüfung soziologischer Erklärungshypothesen zum individuellen Wahlverhalten kann allerdings nur mit Individualdaten erfolgen. Strukturelle Verschiebungen im Verhältnis von Parteiensystem und Sozialstruktur lassen sich hingegen in besonderer Weise mit Hilfe von Aggregatdatenanalysen aufdecken.

⁶ = Randgebiet, -bezirk, -zone

⁷ = ein Bündnis eingehen, sich verbünden

(B) DER INDIVIDUALPSYCHOLOGISCHE ERKLÄRUNGSANSATZ

Einen deutlichen Perspektivenwechsel nimmt der zweite klassische Erklärungsansatz vor.

Forschungsgeschichte: In ihren Untersuchungen der amerikanischen Präsidentschaftswahlen der fünfziger Jahre entwickelten Angus Campbell und seine Mitarbeiter von der University of Michigan in Ann Arbor diesen neuen Erklärungsansatz des Wahlverhaltens.

Hauptaussage: „Wahlverhalten ist Ausdruck einer individuellen psychologischen Beziehung zu einer Partei.“

Perspektiven: Kernstück dieses als individualpsychologisches „Ann Arbor-“ oder „Michigan-Modell“ bezeichneten Ansatzes bildet die individuelle Parteiidentifikation. Damit ist eine längerfristige emotionale Bindung der Wählerinnen und Wähler an ihre Partei gemeint. Sie wird erworben bei der politischen Sozialisation durch Elternhaus, Freundeskreis oder Mitgliedschaft in politischen Gruppen und beeinflusst – einmal ausgeprägt – die Wahrnehmung sowie die Bewertung politischer Ereignisse in hohem Maße. Neben dieser Langzeitvariable Parteiidentifikation existieren zwei weitere Einflussfaktoren: die Bewertung der Kandidatinnen und Kandidaten sowie die Einstellungen zu aktuellen politischen Streitfragen (die sogenannte Issue-Orientierung).

Die individuelle Wahlentscheidung resultiert nun aus dem spezifischen Zusammenspiel dieser drei Faktoren (Parteiidentifikation, Kandidatenorientierung, politische Streitfragen), das von den Autoren mit einem Entscheidungstrichter verglichen wurde. In der Regel erfolgt die Wahlentscheidung entsprechend der langfristig stabilen Parteiidentifikation. Allerdings kann es bei einzelnen Wahlen durchaus auch zu kurzzeitigen Dissonanzen⁸ zwischen den drei Variablen kommen. Subjektiv als entscheidend empfundene Personal- oder Sachfragen lassen dann unter Umständen die punktuelle Wahlentscheidung auch entgegen der langfristig wirksamen Parteiidentifikation ausfallen.

Prognosefähigkeit und -schwierigkeit: Im Gegensatz zum eher statischen soziologischen Modell ist der individualpsychologische Erklärungsmodell aufgrund seiner Dynamik zu Prognosezwecken weitaus geeigneter. Es betont zum einen ebenfalls die soziale Verankerung des politischen Meinungsbildungsprozesses. Zum anderen werden im Vergleich zum soziologischen Modell zusätzlich aber auch situative Momente der Wahlentscheidung berücksichtigt. Durch die Kombination dieser verschiedenen Variablen verfügt das individualpsychologische Modell über die notwendigen Voraussetzungen, die komplexen Vorgänge der Wahlentscheidung auf einem hohen theoretischen Niveau widerspiegeln zu können. Zudem sind die Modellaussagen empirisch überprüfbar. Seit mehr als 20 Jahren stehen hierzu miteinander vergleichbare Umfragereihen zur Verfügung. Neben der Parteiidentifikation werden u.a. regelmäßig Daten zur Beliebtheit der Spitzenpolitiker, zur Rangfolge der wichtigsten politischen Probleme samt den entsprechenden Kompetenzzuschreibungen, zur Zufriedenheit mit dem politischen System und mit der wirtschaftlichen Situation sowie die sogenannte Sonntagsfrage nach der Wahlentscheidung (*„Wie würden Sie entscheiden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“*) erhoben. Verschiedene theoretisch wie empirisch anspruchsvolle Untersuchungen auf der Grundlage dieses Modells konnten wiederholt seine Prognosefähigkeit sowie seinen Erkenntniswert für das Verständnis des Zusammenspiels kurz- und längerfristiger Einflüsse auf das Wahlverhalten demonstrieren.

⁸ = Unstimmigkeiten, Differenzen

(C) DAS MODELL DES RATIONALEN WÄHLERS

Ein anderer Blick auf den Prozess der Wahlentscheidung kennzeichnet den dritten wichtigen Erklärungsansatz.

Forschungsgeschichte: In seiner in den fünfziger Jahren entwickelten ökonomischen Theorie der Demokratie konzentriert sich Anthony Downs ganz auf die Analyse von individuellen Entscheidungskalkülen.

Hauptaussage: „Die persönliche Wahlentscheidung wird bestimmt durch ihren maximal zu erzielenden politischen Nutzen.“

Perspektiven: Ein „rationaler Wähler“ entscheidet sich demnach für diejenige Partei, von deren Politik er sich den größten Vorteil verspricht. Der in Downs´ Studie verwendete ökonomische Rationalitätsbegriff bezieht sich jedoch niemals auf die Ziele der handelnden Person, sondern stets nur auf den Einsatz der verfügbaren Mittel, also auf das ökonomisch effektive (rationale) Verfolgen eines selbstgewählten, dem eigenen Werturteil unterliegenden Ziels. Ein rationaler Mensch ordnet demnach zuerst seine Handlungsalternativen bezüglich seiner vorgegebenen Ziele. Er wählt dann die effektivste Alternative aus und kommt bei gleichen Rahmenbedingungen stets zum gleichen Ergebnis. In der wissenschaftlichen Wahlforschung wird rationales Wahlverhalten im Allgemeinen mit der Orientierung der Wählerinnen und Wähler an aktuellen politischen Streit- und Sachfragen (*issue-voting*) gleichgesetzt. Der „rationale Wähler“ ermittelt seine Wahlentscheidung, indem er ein sogenanntes Nutzdifferential aufstellt. Hierzu vergleicht er die Arbeit der Regierung in der vergangenen Legislaturperiode mit dem vermuteten Ergebnis der Opposition, wäre diese an der Macht gewesen. Er entscheidet sich dann für diejenige Partei, von der er glaubt, dass sie seine individuellen Ziele am ehesten zu verwirklichen vermag. Die Wahlentscheidung ist somit letztlich abhängig von den aktuellen politischen Problemen sowie von dem Erscheinungsbild von Regierung und Opposition, in hohem Maße also auch von wirtschaftlichen Indikatoren wie Inflationsraten, Arbeitslosenzahlen oder Wachstumsraten. Soziale Loyalitäten oder längerfristige emotionale Parteineigungen spielen aus dieser Perspektive nur eine untergeordnete Rolle.

Prognosefähigkeit und -schwierigkeit: Im rationalen Modell sind die erfragten Einstellungen zu aktuellen politischen Problemen für die Wahlerklärung von zentraler Bedeutung, im individualpsychologischen Ansatz werden sie als kurzfristige, bereits durch die Parteiidentifikation gefilterte Einflussfaktoren angesehen. Dieses aus beiden theoretischen Ansätzen resultierende Erkenntnisinteresse hat zu einer großen Anzahl detaillierter Studien zur Wirkungsweise kurzfristiger, vor allem ökonomischer Sachfragen bei der Wahlentscheidung geführt.

Allerdings hat auch das rationale Erklärungsmodell seine Grenzen. Innerhalb seiner engen Modellannahmen lässt sich die Frage, warum jemand überhaupt an einer Wahl teilnimmt, nicht schlüssig beantworten. Die Wirkung der eigenen Stimme, also der Nutzen einer Beteiligung, ist verschwindend gering gegenüber den entstehenden Kosten, den Mühen einer Teilnahme. Dies wird als „Wahlparadox“ bezeichnet.⁹ Ebenfalls unbefriedigend bleibt die Erklärung der Wahlentscheidung zugunsten kleiner Parteien, die keine Chance auf eine Regierungsbeteiligung haben.

⁹ Siehe dazu das Material M 03.04 aus Baustein 3.

(D) DAS MODELL DER SOZIALEN MILIEUS

Der vierte Ansatz betont die Bedeutung des „sozialen Milieus¹⁰“.

Forschungsgeschichte: Seit den achtziger Jahren ist ein neuer Zugang zur Erklärung von Wahlverhalten entwickelt worden: die Einteilung der Wählerinnen und Wähler in sozial-moralische Milieus. Das Sinus-Institut hatte 1984 eine Studie vorgelegt, die den Anspruch erhob, veränderte Verhaltensweisen und Einstellungen der bundesdeutschen Bevölkerung vor dem Hintergrund eines sich vollziehenden Wertewandels zu beschreiben und vorherzusagen. Die Untersuchung, die ursprünglich dem Konsumverhalten galt, wurde 1992 im Auftrag der SPD von der Sinus-Gruppe und dem Polis-Institut aktualisiert und auf das Wahlverhalten übertragen.

Hauptaussage: „Wahlverhalten ist abhängig vom sozialen Milieu.“

Perspektiven: Der Begriff der „sozialen Milieus“ wird hier in zweierlei Hinsicht von herkömmlichen Definitionen abgegrenzt. Soziale Milieus entsprechen nicht zwangsläufig ökonomisch definierten sozialen Schichten. Sie sind auch keine Milieus im traditionellen Sinne, die sich durch gemeinsames Handeln oder gemeinsame Kommunikation auszeichnen, wie etwa das Arbeitermilieu. Die Einteilung der Gesellschaft in soziale Milieus erfolgt vielmehr durch die Identifikation grundlegender Wertorientierungen, die die jeweilig vorherrschenden Lebensstile und -strategien bestimmen. Und auch die Einstellungen zu Arbeit, Familie oder Konsumverhalten werden dabei genauso einbezogen wie Wunschvorstellungen, Ängste oder Zukunftserwartungen.

Die Sinus-Gruppe unterscheidet zehn soziale Milieus, die sich durch gemeinsame Grundwerte und Lebensweisen auszeichnen. Den Vorteil des Milieukonzepts sehen seine Entwickler darin, dass es damit den politischen Parteien möglich ist, zielgruppengerechter zu agieren und auf diese Weise neue Wählerpotenziale zu erschließen.

Die Sinus-Forscher empfahlen der SPD daher zum Beispiel, sich verstärkt um das "neue Arbeitnehmersmilieu" zu bemühen. Es sei, so das Ergebnis der Forschungsgruppe, sowohl demografisch wie auch forschungshistorisch ein junges Milieu. Der Altersdurchschnitt liege deutlich unter 50 Jahren. Charakteristisch für seine Vertreter seien mittlere Bildungsabschlüsse und dienstleistungsorientierte oder technologische Berufsfelder. Sie strebten nach einem selbstbestimmten und materiell abgesicherten Leben. Politik werde in diesem Milieu nicht als eine Frage der richtigen oder falschen Ideologie wahrgenommen, sondern als pragmatisches Problemlösungsmanagement aufgefasst. Unter den Angehörigen dieses Milieus sei die Bereitschaft, sozialdemokratisch zu wählen, aufgrund von "Sachloyalitäten" in besonderem Maß vorhanden. Grundsätzlich habe die SPD das Problem, dass ihre Anhängerschaft in zahlreichen und heterogenen Milieus vertreten sei, was eine programmatische Zielgruppenorientierung erschwere. Die jeweiligen Wählerschwerpunkte von CDU/CSU, FDP und den Grünen konzentrierten sich dagegen in wenigen Milieus.

Die CDU zum Beispiel rekrutiert einen signifikanten Anteil ihrer Wählerschaft aus dem "kleinbürgerlichen" und "aufstiegsorientierten Milieu". Dieser Umstand sei unter dem Gesichtspunkt der Stimmenmaximierung eine "ausgezeichnete Startposition im Wählermarkt".

¹⁰ = Umfeld, Umgebung, Lebensbereich

Prognosefähigkeit und -schwierigkeit: Die Einteilung der (Wahl-)Bevölkerung nach sozial-moralischen Wertvorstellungen und Lebensstilen ist auch von anderen Wissenschaftlern vorgenommen worden. Die Kategorienschemata variieren dabei genauso wie die Prognosen für zukünftige Wählerpotenziale der verschiedenen Parteien. Der Nutzwert von sozial-moralischen Milieukategorien für Wahlkampfstrategien ist nicht unumstritten, wenn auch die „Neue-Mitte“-Kampagne der SPD 1998 als Bestätigung des Konzepts interpretiert werden könnte.

Zusammengestellt auf Basis von [Karl-Rudolf Korte: Wahlen in Deutschland: Grundsätze, Verfahren, Analysen. Theorien des Wahlverhaltens: vier Erklärungsansätze](#), Bundeszentrale für politische Bildung, 2017.